Mittwoch, 18. Februar. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 8369. — 1874.

Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüßler; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Angekommen 17. Februar, Abends 7 Uhr.

Berlin, 17. Februar. Herrenhaus. Berathung des Civilehegesetzes. General-Staatsanwalt Weber empfiehlt den Commissionsentwurf. Graf Brühl und v. Kleist-Retzow sprechen gegen die Vorlage. Graf Brühl beantragt die Aufhebung der kirchenpolitischen Gesetze. Der Cultusminister vertheidigt die Vorlage. Wäre die facultative Civilehe nicht zweimal abgelehnt, so wäre nicht die obligatorische nothwendig geworden; das kirchliche Leben werde durch die Vorlage nicht alterirt; die kirchliche Trauung sei der ausgesprochene Wunsch der Regierung. Die Geistlichkeit solle materiell ebenfalls nicht geschädigt werden. Die Aufhebung der Kirchengesetze sei geradezu unmöglich. Nachdem Oberbürgermeister Gobbin-Görlitz für, von Manteuffel, Graf zur Lippe und von Krassow gegen die Vorlage gesprochen, erfolgt der Schluß der Generaldebatte. Morgen findet die Specialdebatte statt.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 16. Februar. Wie die „Pall Mall Gazette" erfährt, wird durch hier eingegangene Nachrichten von der Westküste Afrikas bestätigt, daß die englischen Truppen am 29. Januar Cumassie besetzt haben. Der Rückmarsch nach der Küste sollte am 7. Februar begonnen werden. — Es stehen nur noch zwei Wahlen aus, beide in Irland. Die Majorität der Conservativen beträgt 54 gegenüber den vereinigten Liberalen und Home-Rulern. — Der Erzbischof Manning klagt in seinem gestern veröffentlichten Fastenhirtenbriefe wieder in heftigen Ausdrücken über die Verfolgung der Kirche in Deutschland und der Schweiz und die von antichristlichen Seiten dictirte Politik der Ungerechten.

Reichstag.

6. Sitzung vom 16. Februar.

(Schluß.) Abg. Lasker: Ich beantrage das ganze Gesetz an eine Commission zu verweisen; denn wir müssen uns hier über eine Menge technischer Verhältnisse verständigen, damit wir nicht im Dunkeln kämpfen; und diese wechselseitige Verständigung wird wenigstens für die Zukunft der Anfang einer Einigung sein. Bei der allgemeinen Wehrpflicht hält sich jeder für eine Art von Sachverständigen, wie dies ja auch der Vorredner für sich in Anspruch nahm, indem er Beispiele hervorsuchte, die er für seine Anschauung günstig deutete. Aber trotzdem fehlt uns sehr viel, um alles genau beurtheilen und unsere zwar bescheidene, aber zuletzt doch entscheidende Meinung sachgemäß abgeben zu können. Einig sind wir darin, daß wir dem Lande geben wollen, was es zu seiner Vertheidigung braucht, es wird im Hause nicht die Meinung vertreten sein, daß andere Bedürfnisse früher in Frage kommen, als der Vertheidigungs- und Wehrzustand des Landes. Ich bin aber auch überzeugt, daß das Budgetrecht des Reichstages auch im Militäretat unverkümmert sein muß. Ich will kurz erläutern, wie wir dieses Recht auffassen. Der Staat hat so viele Zwecke zu erfüllen und bei jedem einzelnen Zwecke werden erhebliche Mittel in Anspruch genommen. Wer sich speziell mit einem Zwecke beschäftigt, ist der Meinung, daß dafür in erster Linie Alles aufzuwenden ist. Das ist der Krieg der Ressorts. Jeder Minister stellt die größte Forderung und selbst in der Volksvertretung wird das gethan von Seiten der Interessenvertretung. Schon innerhalb der Verwaltung muß deshalb eine Ermäßigung eintreten, die gewöhnlich vom Finanzminister ausgeht. Da wir einen solchen im Reiche leider noch nicht haben, so muß das Parlament diese moderirende Wirkung ausüben. Deshalb wird dem einen Minister sein Etat beschnitten, der andere Minister wird zu größeren Forderungen getrieben. So treibt man in Frankreich und Italien jetzt zu Mehrausgaben für das Militär, in Preußen zu Mehrausgaben für Beamtengehälter. Wenn wir es je erleben sollten, daß eine deutsche Regierung für die Zwecke der Landesvertheidigung zu wenig ausgiebt, so werden wir sofort bereit sein, auch für diesen Zweck zu Mehrforderungen zu treiben; bis jetzt bedurfte es dazu einer Ermunterung der Volksvertretung nicht. Ich halte es für bedenklich, wenn die Landesvertheidigung, die ja nicht blos an Geld, sondern auch an Menschenjahren Mittel im hohen Maße fordert, so eingerichtet ist, daß die Landesvertretung ihr volles Controlrecht dabei nicht ausüben kann. Die Feststellung eines Präsenzstandes der Armee hebt aber das Budgetrecht des Reichstages geradezu auf. Er hat dann nur noch zu discutiren über die Materialien, Löhnungen und Competenzen für die Mannschaften, und über die Extraordinarien für Festungs- und Kasernenbauten. Wir brauchen zu Mehrausgaben durchaus nicht zu ermuntern, aber ich zweifle doch noch sehr, daß die für Unterhaltung der Unteroffiziere gewährten Mittel lang ausreichen werden. Ich scheue mich die Summe zu nennen, die ich für nothwendig halte, wenn dem Unteroffizierstande dauernd geholfen werden soll; bei einer Zulage von 50 Thlrn. jährlich würde sich schon die Mehrausgabe von 2,600,000 Thlrn. herausstellen. So wie einmal die Zahl der Mannschaften festgestellt ist, wird an den Ausgaben nicht viel zu mäkeln sein, wir müssen dann den Mann erhalten und für die nöthigen Gebäude sorgen. Wenn also der wahre Kern des Budgets in der Frage liegt, ob und wie viel Mannschaften bei der Fahne behalten werden sollen, so glaube ich, daß es viel schlimmer als absolute Herrschaft ist, wenn der Reichstag auf die Kritik derjenigen Posten beschränkt wird, welche er loyaler Weise nicht ablehnen kann. Aber ich glaube auch nicht, daß die Präsenzstärke im § 1 absolut nothwendig zu dem Zustandekommen des Gesetzes ist; denn aus der Zahl der Bataillone folgt sie nicht; die Bataillone sind so thatsächlich in wachsender Stärke erhalten, und man hat durch Beurlaubungen Ersparnisse erzielt, ohne daß dadurch die Wehrkraft erschüttert worden ist. Ich halte mich auch nicht für berechtigt, einen Gesetzesparagraphen zu formuliren, der den Reichstag und alle seine Nachfolger bindet. Man will sich durch die Ziffer im § 1 dem Reichstage und dem Bundesrath gegenüber schützen. Ich glaube, daß ein Reichstag und ein Bundesrath, der dem Lande die zur Vertheidigung nothwendigen Mittel verweigern will, vor dem Lande nicht bestehen kann. Durch die Streichung des § 1 würde eine sachliche Schädigung nicht erfolgen, wir würden aber ohne denselben zu einer Verständigung gelangen. Die Liberalen haben bei keiner Gelegenheit geschwankt, die Mittel zu bewilligen, die zur Vertheidigung des Landes für nothwendig gehalten wurden. (Beifall.) — Abg. Gneist: Ich habe immer die Ueberzeugung gehabt, daß es nothwendig ist, bei der Berathung des Militäretats gewisse Grundprinzipien derart festzustellen, daß sie weder durch einseitige Verordnungen der Regierung noch durch einseitige Beschlüsse der Landesvertretung geändert werden können und daß diese gesetzliche Feststellung sodann allen ferneren Berathungen des Militäretats zu Grunde gelegt werde. Es ist dies die normale Gestalt der Budgetberathung, wie sie bei jedem Ministerial-Departement stattfindet. Berathen wir z. B. den Justizetat, so nehmen wir von vornherein die Gerichte, die bisherigen nothwendigen Beamtenstellen und ihre Gehälter als feststehend an. Ich sehe voraus, daß über die relativ nothwendigen Cadres keine große Differenz sein wird. Wer die Wehrhaftigkeit der Armee will, der wird auch eine gewisse dauernde Präsenzstärke der Armee anerkennen müssen. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine unersetzbare Schule für unser Volk, die mit dreijähriger Dienstzeit, wie das vorhin vom Grafen Moltke so eindringend ausgeführt wurde, strenge Zucht, Ordnung, Treue und Gehorsam gegen den Kriegsherrn und alle die Eigenschaften ausbildet, deren Entwickelung wir bei den heutigen Verhältnissen dringender bedürfen, als je. (Sehr wahr! rechts.) Daher ist diese Verpflichtung zum Militärdiest geradezu eine unschätzbare Wohlthat. Diese Wohlthat, diese Schule der Armee in Waffen wäre aber noch heute in keiner Weise verwirklicht, wenn wir sagen wollten: dieses Jahr sollen nur so und soviel ausgehoben werden, weil unsere Finanzen nicht ausreichen. Ich werde daher für die gesetzliche Fixirung der Cadres auch mit Fixirung der Normalzahl und der Präsenzstärke stimmen. Es ist die Natur jeder gesetzlichen Institution, daß das Budgetrecht des Hauses dadurch beschränkt wird. Aber wir müssen uns dieser Beschränkung unterwerfen, wenn wir überhaupt gesetzliche Institutionen wollen. Eine Stellung der Landesvertretung, welche sich in dieser Frage freie Hand lassen wollte, ist eine völlig unnatürliche. Durch diese Regierungsvorlage schließt sich die große Kette nur fester, durch welche alle Theile unseres großen Vaterlandes in sich geschlossen, geeint und geschützt erhält. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Vorlage wird hierauf einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Deutschland.

× Berlin, 16. Febr. Die Elsaß-Lothringen'schen Abgeordneten kehren in der Conversation mit ihren Collegen nicht jene rauhe Staats- und Reichsfeindlichkeit nach Außen, die ihrer Protestpolitik vielfach zugemessen wird. Sie meinen vielmehr, daß in Berlin, wo man den monarchischen und legitimen Traditionen zunächst Rechnung tragen müßte, eine Politik am besten begriffen werden sollte, welche nicht Ueberzeugungen wie Handschuhe wechselt. Die geistlichen Abgeordneten des Elsasses betonen namentlich, daß sie denselben Friedensweg nach Berlin eingeschlagen haben, wie bereits vor zwei Jahren ihr greiser Führer, der Bischof Räß von Straßburg. Sie hätten nicht die Absicht, den Reichstag zu verlassen, sondern sich an den legislatorischen Arbeiten zu betheiligen, weil für die Reichslande mehr als für alle übrigen Länder des deutschen Reiches zu thun sei. In Berlin und selbst unter den Abgeordneten scheine man nicht zu wissen, daß die Dictatur in Elsaß-Lothringen nur dem Namen nach aufgehoben sei, im Wesen aber fortbestehe (?) Kirche, Schule und Presse seien bei ihnen zu Hause so vollständig unterdrückt, daß selbst vom Standpunkte der politischen Nothwendigkeit ein solches Verfahren nicht gebilligt werden dürfte. — Liberale bayerische Abgeordnete sprechen von den energischen Bemühungen der Clericalen, welche sich des Staatsruders in Bayern zu bemächtigen suchen. Bemerkenswerth erscheint es, daß namentlich auswärtige Einflüsse sich geltend machen, um unter der Maske einer Einigung katholischer Kirchenfürsten behufs einer Verständigung mit der kaiserlich deutschen Regierung den bestehenden Conflict aus der Welt zu schaffen. Die katholische Regierung Bayerns soll nach der Auffassung der Ultramontanen die Mission haben, auf Grund weitgehender Concessionen der Curie die Vermittelung und Aussöhnung zwischen Rom und Berlin zu leiten. Der Papst stelle aber als Bedingung die Einsetzung eines Ministeriums in München, welches Garantien dafür bieten würde, daß die Concessionen des Vaticans und der katholischen Kirchenfürsten Deutschlands nicht vergeblich gemacht worden. Offenbar handelt es sich im ultramontanen Lager um den Versuch, der weiteren Maßregelung des Episcopates durch neue kirchenpolitische Reichsgesetze ein Paroli zu bieten. — Wie wir hören, sind Vorarbeiten für die Reform des landwirthschaftlichen Ministeriums im Gange. — Die hocharistokratischen Sportmänner des Herrenhauses, welche in der heutigen Sitzung abermals die Ablehnung des Budgets verlangten, weil das Abgeordnetenhaus den Abstrich von 51,000 Thlr. für Rennprämien vornahm, ziehen sich im Momente auf die Politik des passiven Widerstandes zurück. Ihr Loosungswort lautet: „Keine Wettrennen im Hoppegarten, weil keine Staatsprämien!" Alles sei arrangirt, sagen sie in der bekannten Sprache des Herrn v. Strudelwitz, um Abgeordnetenplebs zu demüthigen. Der Vertrag mit Oesterreich sei zerrissen, welcher auf Grundlage von Staatsprämien für Pferderennen beschlossen wurde und die Reciprocität bedingte. Die Oesterreicher können nicht mehr hierher kommen, und wir können nicht mehr nach Wien gehen. Das internationale Band sei zerschnitten, das die Völker durch die Rennpferde knüpfte. Berlin werde keinen Corso mehr haben und somit aus der Liste der europäischen Hauptstädte gestrichen sein. — Gestern stellte sich Dr. Banks den Wählern des Gesundbrunnenbezirks vor. Die überwiegende Majorität derselben gehörten den in der Wolle gefärbten Social-Demokraten an. Obwohl die aus etwa 400 Fortschrittsleuten bestehende Versammlung keine Lassaleaner zuließ, wußten sich doch einige Exemplare derselben einzuschleichen. Einer von ihnen ergriff das Wort, um die Aeußerungen Banks zu bekämpfen und erlaubte sich die Reichstagsmitglieder mit so pöbelhaften Ausdrücken zu beschimpfen, daß er an die Luft gesetzt wurde. Sodann bemächtigte sich seiner die Polizei und führte ihn nach dem Molkenmarkt ab.

— Gestern fand ein großes Ballfest beim französischen Botschafter Statt. Die Kaiserin, der Kronprinz, die Kronprinzessin, Prinz und Prinzessin Karl, Friedrich Carl, die Prinzessinnen Marie und Elisabeth, Prinz Alexander, die Prinzen August und Wilhelm von Würtemberg, die Hofchargen, Minister und Generale, im Ganzen 300 Personen, waren anwesend; das Fest war glänzend. Frau Fürstin Bismarck und Tochter ließen sich wegen des Sonntags entschuldigen.

— Die „Deutsch. Nachr." wollen aus sicherer Quelle erfahren haben, daß der Kaiser von Rußland die Absicht zu erkennen gegeben, gegen Ende April d. J. dem englischen Hofe und dem neuvermählten jungen Paare einen Besuch abzustatten, bei welcher Gelegenheit er auch einige Tage in Berlin zubringen wird, falls die Reisedispositionen Kaiser Wilhelms den Aufenthalt des Letzteren in seiner Residenz nicht dann bereits unterbrochen haben. (Diese Nachrichten werden durch Telegramme aus London bestätigt. D. R.)

* Posen, 16. Febr. Gestern waren nach der „Ostd. Ztg." an einzelnen Straßenecken auf der Wallischei und Schrodka geschriebene Plakate angeklebt, welche lauten; „Wir sind Waisen! Man hat uns unsern Vater genommen! Wir werden ihn mit Gewalt abnehmen (odbic); ja wir müssen ihn abnehmen! Gott wird helfen!" — Der verstorbene Graf Severin Mielzynski in Miloslaw hat u. A. in seinem Testamente verordnet, daß die Miloslawer Güter nebst dem Dorfe Chrustowo zur Gründung einer Ackerbauschule verwendet werden sollen. Nun soll „der Graf Josef Mielzynski (auf Iwno), nach der Errichtung dieser Schule die Oberaufsicht über dieselbe führen und hierfür eine Jahresrente von 5000 Thlr. beziehen, welche er oder sein Nachfolger jedoch nur bis dahin erhalten soll, bis ein polnisches Ministerium die Regierung führen wird. Wenn also durch Zusammentreffen von Umständen Miloslaw unter einer eigenen Regierung stehen wird, dann geht die Oberaufsicht über die Schule auf den Cultusminister über. Diese Illusion, mit welcher der Graf Mielzynski aus dieser Welt geschieden ist, theilt ein Correspondent des „Dziennik Poznanski" mit.

Kiel. Die „Gazelle" wird nicht, wie zuerst bestimmt war, im Laufe dieses Monats, sondern — laut Admiralitätsbefehl — erst am 2. Juni d. J. zu astronomischen Beobachtungen in See gehen. Die Fahrt ist vorläufig auf ein Jahr festgestellt.

Belgien.

* Brüssel, 14. Febr. Daß die Internationale unter unsern Arbeitern immer mehr an Ausdehnung gewinnt, ersieht man daraus, daß die Blätter dieser Richtung stetig sich vermehren und an Abonnenten gewinnen. Wie in denselben der Haß gegen alles Bestehende genährt wird, ist aus folgender Stilprobe des „Ami du peuple" ersichtlich: „Wir erklären den Krieg der triumphirenden Reaction und dem göttlichen Recht, wie der bürgerlichen Republik; dem Kapital, der Kirche, dem Staat, kurz allen Manifestationen des gegenwärtigen Lebens. Wir werden unaufhörlich den Haß der Massen gegen sie zu entflammen suchen, und wenn wir eines Tages die Gebäude niederreißen können, die man dem Aberglauben errichtet hat, und uns der Reichthümer dieser Erde, all der schönen Sachen, die wir produciren, wieder bemächtigen (ressaisir) können, wenn wir es dahin gebracht haben werden, daß von der gegenwärtigen Gesellschaft kein Stein auf dem andern bleibt, dann wehe Euch ihr Sieger, ihr Züchtiger, ihr Triumphatoren von heute!"

Rußland.

* Petersburg, 14. Febr. Die Liebhaberei des Prinzen von Wales für die russischen Tractyrs (Restaurationen) hat sich auch bei seiner diesmaligen Anwesenheit in Rußland nicht verloren. Als das hohe Fest der Wasserweihe an der Newa am 6. Januar begangen wurde, war der Prinz von Wales der einzige, welcher durch seine Abwesenheit glänzte, und man sagt, daß er die paar dadurch frei gewordenen Stunden in jener Richtung möglichst nützlich angewendet habe. Uebrigens zeigten sich auch die andern englischen Prinzen nicht als Kostverächter und bewegten sich mit den Großfürsten Wladimir und Alexei Alexandrowitsch sehr ungenirt in den St. Petersburger Tractyrs bei Getränken und Billardspiel, wobei man dann und wann der Bequemlichkeit wegen auch nicht davor zurückschreckte — den Rock auszuziehen. Als der Prinz von Wales vor nunmehr beinahe 6 Jahren Moskau besuchte, soll seine erste Frage noch auf dem Bahnhof gewesen sein: „Wo ist hier der beste Tractyr? Und als man ihm den von Trestow nannte, richtete sich seine erste Fahrt vom Bahnhofe nicht nach dem Kreml, sondern zu Trestow. Auch diesmal galt Seitens des Prinzen von Wales bei seiner Ankunft in Moskau der erste Besuch dem Trestow'schen Tractyr. Diesmal fuhr er aber nicht allein, sondern der Kronprinz von Dänemark und die Großfürsten Alexei und Wladimir Alexandrowitsch mußten ihn begleiten, und sie thaten es gern. Das Restaurant, welches die Gäste wohl mit Sicherheit erwartet hatte, war mit tropischen Pflanzen reich geschmückt, und die prächtige Orgel (ein jeder Tractyr besitzt eine Orgel) spielte die schönsten Compositionen der Meister der Tonkunst, tadelfrei und mit allen Nüancen der orchestralen Darstellung.

Danzig, 18. Februar.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 17. Febr. c.] Stellv. Vorsitzender Hr. O. Steffens, Vertreter des Magistrats die HHr. Stadträthe Ladewig, Strauß, Hirsch und Meckbach. — Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung macht Hr. Martiny die Einwendung, daß der Beschluß in Betreff des Director Dr. Wulckow nicht der Geschäftsordnung gemäß gefaßt worden sei und beantragt, darüber heute in geheimer Sitzung zu verhandeln. Auf die Seitens des Hrn. Vorsitzenden an den Hrn. Magistrats-Commissarius gerichtete Anfrage, ob die qu. Zulage als Stellenzulage oder persönliche Zulage vom Magistrat angesehen werde, erwidert Hr. Stadtrath Ladewig, daß es eine persönliche Zulage sein solle; hierauf wird beschlossen, über die Sache in geheimer Sitzung zu verhandeln. — Die Versammlung fährt in der Berathung über den Schuletat pro 1874 fort. In Betreff des vom Magistrat gestellten Antrags, 500 Thlr. für Umarbeitung resp. Neuanschaffung von Subsellien im Gymnasium zu bewilligen, hatte die Etats-Revisions-Commission einen Bericht des Bauraths Licht verlangt; dieser liegt nun vor und motivirt die Nothwendigkeit dieser Neuanschaffung. Mit den für dieses Jahr verlangten 500 Thlr. soll der Anfang zur Erneuerung der Subsellien gemacht werden. Die Bewilligung der 500 Thlr. wird mit großer Majorität abgelehnt. — Die Beschlußfassung über die für Lehrer Eggert an der Catharinen-Mittelschule beantragte Gehaltserhöhung soll in geheimer Sitzung erfolgen; ebenso diejenige über die Gehaltserhöhungen der Lehrerinnen der höheren Töchterschule.

Servis-Etat pro 1874. Referent Hr. Matzko. Der Etat ist projectirt; in Einnahme: 1) Garnison-Servis 7350 Thlr., 2) Extra-Servis 215 Thlr., 3) Vorspannkosten 127 Thlr., 4) Stallmiethe 1272 Thlr., 5) Extraordinaria 25 Thlr., in Summa 9049 Thlr. In Ausgabe: 1) Besoldungen 460 Thlr., 2) Garnison-Servis 7350 Thlr., 3) Extra-Servis 550 Thlr., 4) Vorspannkosten 407 Thlr., 5) Stallmiethe 3053 Thlr., 6) Extraordinaria 35 Thlr., in Summa 11,855 Thlr. Die Commission empfiehlt, den vom Magistrat pro 1874 nachträglich erbetenen Zuschuß von 7000 Thlr. zuzusetzen. Die Versammlung setzt den Anträgen der Commission gemäß den Etat in Einnahme auf 9049 Thlr., in Ausgabe auf 18,855 Thlr. fest.

Armen-Etat pro 1874. Referent Hr. Helm. Das Project lautet: In Einnahme: 1) Zinsen aus dem ehem. Wohlthätigkeitsverein rund 93 Thlr., 2) an Geschenken 222 Thlr., 3) an erstatteten Kur- 2c. Kosten 7182 Thlr., 4) an Zinsen aus Stiftungsfonds 4040 Thlr., 5) aus der Arbeitshaus-Verwaltung 965 Thlr., 6) Extraordinaria 45 Thlr., in Summa 12,548 Thlr. — In Ausgabe: 1) an laufenden Geldunterstützungen 28,000 Thlr., 2) Unterstützungen aus Stiftungsfonds 2747 Thlr., 3) extraordinäre Unterstützungen 3500 Thlr., 4) Reisekosten 100 Thlr., 5) Armenbekleidung 300 Thlr., 6) Remunerirung der Aerzte 5133 Thlr., 7) Unterhalt von Pflegekindern 7600 Thlr., 8) Kur- 2c. Kosten für auswärts Erkrankte 1600 Thlr., 9) Kurkosten für städtische Armen in der Schwetzer Irrenanstalt 5820 Thlr., 10) Beerdigungskosten 1000 Thlr., 11) Verwaltung des Arbeits- und Siechenhauses incl. der Krankenstation 27,347 Thlr., 12) Zuschüsse für einzelne Institute 15,797 Thlr., 13) Extraordinaria 1195 Thlr., in Summa 100,140 Thlr. — Da bei Feststellung des Specialetats Tit. 11. 300 Thlr. abgesetzt wurden, so stellt sich die Ausgabe auf 99,840 Thlr. Der erforderliche Zuschuß beträgt hiernach 87,292 Thlr. Die Versammlung stellt den Etat in vorstehenden Summen fest.

Etat Behufs Verzinsung und Tilgung der älteren und neueren Kämmereischulden pro 1874. Referent Hr. Engel. Der Etat weist folgende Ausgaben nach: 1) Aeltere Kämmereischulden bis 1825: 7263 Thlr., 2) neuere Kämmereischulden nach dem Privilegio von 1850: 4954 Thlr., 3) Anleihe von 1,300,000 Thlr. de 1869, 4) Anleihe von 2,000,000 Thlr. de 1873: 110,000 Thlr., 5) Zinsen und Hypothekenschulden 161 Thlr. 12 Sgr. 10 ₰, 6) zur Ansammlung der aus dem Capitalfonds entnommenen Beträge 3655 Thlr., in Summa 126,033 Thlr. 12 Sgr. 6 ₰. Da im Jahre 1873 und im vorliegenden Etat pro 1874 bei Berechnung des Amortisations-Prozents nicht die volle entnommene Summe, sondern diese nach Abzug der bereits amortisirten resp. pro 1874 zu amortisirenden Beträge zu Grunde gelegt worden ist, so kommen von diesen in debito abgesetzten Beträgen noch rund 55 Thlr. und 86 Thlr. (141 Thlr.) hinzu. Die Commission empfiehlt daher, den Etat demgemäß um 141 Thlr. zu erhöhen und ihn auf 126,174 Thlr. 12 Sgr. 10 ₰ festzustellen. Es soll fernerhin stets in der Weise verfahren werden, wie der ursprüngliche Beschluß in Bezug auf die Amortisation es vorgeschrieben hat, wonach diese in 100 Jahren vollendet ist. — Herr Röckner beantragt, das eine zur Amortisation dienende Procent ganz vom Etat abzusetzen. Die HH. Damme und Goldschmidt beantragen, zur Amortisation nicht nur ein Procent, sondern auch noch die Zinsen von der daraus resultirenden Summe zur Amortisation zu verwenden. Nach kurzer Debatte wird der Antrag der Commission, obige 141 Thlr. für 1873 und 1874 nachzubewilligen, angenommen; der An-

trag des Hrn. Röckner wird abgelehnt, der Antrag der HH. Damme und Goldschmidt angenommen.

Etat des städtischen Eichamts pro 1874. Referent Hr. Engel. Das Project wirft aus in Einnahme: 1) Eichungsgebühren 300 Thlr., 2) extraordinäre Einnahme 1 Thlr., in Summa 301 Thlr. Ausgabe: 1) Besoldungen 150 Thlr., 2) sachliche Ausgaben 66 Thlr., in Summa 216 Thlr. Dem Antrage der Commission gemäß wird der Etat in Einnahme auf 301 Thlr. festgestellt; von der Ausgabe werden mit Rücksicht auf den sich vermindernden Betrieb für sachliche Ausgaben 25 Thlr. abgesetzt und somit die Ausgaben auf 191 Thlr. festgestellt.

Etat für Deich- und Uferbauten pro 1874. Referent Hr. Klein. Das Project lautet in Ausgabe: an Besoldungen 40 Thlr., 2) für Baumaterialien und Arbeitslöhne 1158 Thlr., 3) Deichkassenbeiträge 375 Thlr., 4) Diäten 8 Thlr., in Summa 1581 Thlr. Der Etat wird auf diese Summe festgesetzt.

Die im sog. Müller-Gewerkshaus belegene Wohnung ist an den Zimmergesellen Heyer bis ult. Sept. d. J. vermiethet. Magistrat hält es für zweckmäßig, die Wiedervermiethung dieser Wohnung nur auf 2½ Jahre, also bis ult. März 1877 eintreten zu lassen, weil dann auch der Contract mit den Pächtern der „Großen Mühle“ abläuft und freie Disposition über die qu. Grundstücke behalten werden soll. Die Versammlung ist mit der Prolongation des Contracts mit ꝛc. Heyer auf die bezeichnete Zeit einverstanden. — Den hierher berufenen Lehrern Bemer und Christ werden resp. 5 Thlr. und 6 Thlr. Reisekosten bewilligt; ebenso dem hier angestellten Lehrer Krispin 20 Thlr. Umzugskosten. Dem Lehrer Paschke, der den kranken Lehrer Rathke seit August v. J. vertritt, werden für Stellvertretung bis 1. April c. 188 Thlr. bewilligt; ebenso der Lehrerin Frl. Ihlefeldt für Vertretung des Lehrers Mielke I. 52 Thlr. 20 Sgr. — Der Erlaß der Real-Communal-Abgaben 1) von der Turnhalle in Neufahrwasser mit 2 Thlr. 12 Sgr., 2) von dem Diakonissen-Krankenhause auf Neugarten mit 49 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf., 3) von dem Marienkrankenhause für 3 Grundstücke zusammen 45 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf., in Summa 96 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf., 4) von dem Grundstücke Schwarzes Meer No. 21 (Mennonitenkirche und Hospital) mit 13 Thlr. 15 Sgr. wird, wie in früheren Jahren genehmigt. Zur Abhilfe der Klagen über den Mangel an brauchbarem Wasser werden 200 Thlr. für Anlegung eines neuen Brunnens in Neufahrwasser bewilligt. — Behufs Herstellung einer anderweitigen Spülrohrleitung aus der Radaune bei der Wasserkunst nach dem Kohlenmarkte werden 680 Thlr. aus dem Fonds für Wasserleitung bewilligt. — Das Grundstück Petersiliengasse No. 4 liegt so, daß es nur vermöge eines 270 Fuß langen Zuleitungsrohrs an die Prangenauer Leitung angeschlossen werden kann. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß dem Eigenthümer Peters als Beihilfe zu den großen Kosten 60 Thlr. aus städtischen Mitteln überwiesen werden; in gleicher Weise wird der Wittwe Rocholl für Anschluß ihres Grundstücks Weidengasse No. 4 eine Beihilfe von 20 Thlr. gewährt. — Nach Aufgabe der alten Wasserberechtigung für die Grundstücke Steindamm No. 16 und 17 wird dem Eigenthümer Felix Behrend die Ermäßigung des Wasserzinses für das Prangenauer Wasser auf die Hälfte für die Zeit bis ultimo Dezember 1884 bewilligt. —

Als Beihilfen für Beseitigung von Vorbauten und dergl. werden bewilligt: 1) dem Malermeister Krug (Breitgasse No. 123) 1200 Thlr., 2) der Wittwe Argus (Tischlergasse No. 67) baar 100 Thlr. und freies Trottoir, 3) dem Buchbinder Meffert (1. Damm No. 21) baar 100 Thlr. und freies Trottoir, 4) dem Kaufmann Schur (Hundegasse No. 121) Ersatz für gelegtes Trottoir 25 Thlr., 5) dem Kaufmann Schubert (Langgasse No. 7 und 8 und Hundegasse No. 15) baar 300 Thlr. und für gelegtes Trottoir 150 Thlr., 6) dem Schmiedemeister Koch (Böttchergasse No. 14) baar 25 Thlr. und freies Trottoir. — Dem Kaufmann Saltzmann 53 Thlr. 10 Sgr. sollen als Vergütung für das an der Seitenfront seines Grundstückes Langenmarkt No. 38 auf eigene Kosten eingerichtete Trottoir bewilligt werden. — Hr. Bertram kann nicht glauben, daß Hr. Saltzmann darum weiß, daß diese Forderung an die Stadt gestellt sei, und bittet den Magistrat, ihn davon in Kenntniß zu setzen. Hr. Schottler beantragt die Forderung, ebenso wie es bei dem Gamm'schen Hause auf dem 1. Damm geschehen sei, und aus demselben Grunde wie dort abzulehnen. Hr. Stadtrath Hirsch hat kein Mittel, eine solche Insinuation wie Hr. Bertram sie wünscht, an Hrn. Saltzmann gelangen zu lassen, nimmt auch an, daß von Letzterem selbst diese Forderung gestellt sei. Es handle sich hier nicht um eine Unterstützung, wie sie in dem Gamm'schen Fall abgelehnt sei, sondern um Erstattung der Summe, welche der Stadt durch die Trottoirlegung erspart sei. Wo eine solche Forderung gestellt sei, werde man sie nicht gut zurückweisen können. Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

Das Fleischergewerk hat der Versammlung Abschrift der von demselben an den Magistrat gerichteten Petition gegen die Einführung einer Communal-Schlachtsteuer überreicht mit der Bitte, diese Petition zu befürworten, und falls dennoch der Antrag auf Genehmigung der genannten Steuer an sie gelangen sollte, dem Antrag die Zustimmung zu versagen. Die Petition wird von der Versammlung an die gemische Deputation überwiesen, welche sich mit der Reform der Communalsteuern beschäftigt. — Eine Anzahl Gasconsumenten hat dem Magistrat und den Stadtverordneten eine Petition um Ermäßigung des Gaspreises überreicht. In Erwägung, daß der Magistrat bereits mit der Erörterung dieses Gegenstandes beschäftigt ist und eine baldige Aeußerung darüber an die Versammlung in Aussicht gestellt hat, nimmt die Versammlung diese Petition zu den Acten.

In der darauf folgenden geheimen Sitzung wird die vom Magistrat beantragte Gehaltserhöhung für den Director Wulckow abgelehnt; die Gehälter der Töchterschullehrerinnen Frl. Seiffert und Krüger, sowie das Gehalt des Lehrer Eggert an der St. Katharinenschule wird um je 50 Thlr. jährlich erhöht. — Der Magistrat beantragt, die Lehrerin Frl. Louise Johannsen, welche seit 12 Jahren in städtischem Dienst, daher noch nicht pensionsberechtigt ist, mit 150 Thlr. jährlich zu pensioniren, da dieselbe nach ärztlichem Attest so krank ist, daß sie aller Voraussicht nach nicht wieder ihre Stelle wird versehen können. Der Magistratsantrag wird abgelehnt; dagegen wird Frl. Johannsen für 3 Jahre jährlich 150 Thlr. bewilligt. — Dem Arbeitsaufseher Poltrock wird eine Remuneration von 25 Thlr. bewilligt. — Die Anstellung eines zweiten Aufsehers für Canalisations- und Wasserleitungsanlagen wird beschlossen und das Gehalt für jeden von Beiden auf 350 Thlr. festgesetzt. — In den Schulvorstand der neuen Simultanschule für die Außenwerke werden die Herren Dr. Schuster, Merschberger, Fieck und Boguniewski, in die 9. Armencommission Hr. M. Blank gewählt.

§ Flatow, 16. Febr. Auch von hier sollte eine Petition an das Herrenhaus abgehen, in welcher um Ablehnung des Paragraphen des Civilehegesetzes, der in erster Linie die Amtsvorsteher mit der Führung der Civilstandsregister betrauen will, gebeten wurde; doch haben es sämmtliche Amtsvorsteher verweigert, dieses Gesuch zu unterzeichnen, weil man darin nur zu deutlich die Absicht erkannte, die Geistlichen als Civilstandsbeamte beizubehalten. Wohl aber wurde eine Petition abgesandt, worin die Bitte ausgesprochen war, in das Gesetz über die Civilehe den Passus aufzunehmen, daß die Kosten für Uebernahme dieser Mehrarbeit aus Staatsmitteln gedeckt werden sollen. — Die Frequenz auf der hiesigen Bahnstation ist seit Eröffnung der ganzen Strecke Schneidemühl-Dirschau eine sehr gesteigerte. Es beträgt die Einnahme des letzten Jahres etwa 73,000 Thlr.; hiervon kommen auf den Personenverkehr 13,260, auf die Güter- und Gepäckexpedition 56,000 resp. 4000 Thlr. Von den 17,155 von hier abgereisten Personen fuhren 55 % mit der 4. Klasse, wodurch eine Einnahme von fast 5000 Thlr. erzielt wurde. — Die Auswanderung ist im letzten Jahre nur halb so stark gewesen als sonst. Es sind aus dem hiesigen Kreise 837 Personen nach Amerika gegangen. Davon sind aber wieder mehrere Familien, zumal solche, die noch das nöthige Reisegeld hatten, zurückgekehrt. Die Schilderungen, welche dieselben von jenem vielgesuchten Eldorado machen, sind gerade nicht der Art, daß die Auswanderungslust dadurch geweckt würde. — Gemäß der Bestimmung des § 69 der Kreisordnung hat der Kreisausschuß nach Anhörung der Betheiligten die den Amtsvorstehern zu gewährende Amtsunkosten-Entschädigung auf jährlich 13 Thlr. pro 100 Seelen definitiv festgesetzt.

Vermischtes.

Berlinchen, 15. Februar. Der Genuß von trichinösem Fleisch hat in unserer nächsten Nähe wieder ein Menschenleben gekostet. Auf dem nahen Gute Rehfeld erkrankten in der vorigen Woche sieben Personen. Der herbeigerufene Arzt fand bei sämmtlichen Erkrankten gleiche Symptome vor und wurde durch die Eigenthümlichkeit derselben auf die auf dem Gute kürzlich geschlachteten zwei Schweine aufmerksam. Eine mikroskopische Untersuchung constatirte bei den in Pökel gelegten Stücken unter einzelnen derselben Trichinen, dadurch trat denn hervor, daß eins der geschlachteten Schweine mit Trichinen behaftet gewesen sei. Leider ist denn dieser schrecklichen Krankheit trotz allen angewandten Bemühungen eins der daran erkrankten Mädchen zum Opfer gefallen. Andere liegen noch schwer krank darnieder.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. Februar. Angekommen Abends 5 Uhr.

	Crs.	v.16.
Weizen		
April-Mai	85 2/8	85
Juli-August	—	—
gelb. Apr.-Mai	86 3/8	86
do. Juli-Aug.	84 2/8	84
Rogg. fester,		
Februar	63	62 2/8
April-Mai	62	61 5/8
Juni-Juli	60 1/8	59 6/8
Petroleum		
Februar		
pr. 200 Pfd.	9 16/24	9 18/24
Rüböl Ap.-Mai	19 2/3	19 5/8
Spiritus		
April-Mai	22 12	22 7
Aug.-Sept.	23 5	22 28

	Crs.	v.16.
Pr. 4½ % conf.	105 7/8	105 7/8
Pr. Staatsschldſ.	92 4/8	92 4/8
Wstp. 3½ % Pfdb.	83 3/8	83 4/8
do. 4 % do.	94 ½	94 4/8
do. 4½ % do.	102	102
Danz. Bankverein	60 4/8	—
Lombardenſex.Cp.	95 2/8	94 6/8
Franzosen	194 4/8	194 4/8
Rumänier	41 4/8	41 6/8
Neue franz. 5 % A.	93 4/8	93 6/8
Oester. Creditanst.	143 2/8	143 1/8
Türken (5 %)	38 4/8	38 6/8
Oest. Silberrente	66 5/8	66 7/8
Ruſſ. Banknoten	92 7/8	92 7/8
Oester. Banknoten	89 4/8	89 2/8
Wechselcrs. Lond.	6.21 7/8	—

Ital. Rente 60 3/8.

Berichtigung. Roggen pr. Febr. 63, 4 % Westpreußische Pfandbr. 94½.

Meteorologische Depesche vom 17. Februar.

	Barom.	Term. R.	Wind.	Stärke.	Himmelsansicht.
Haparanda	330,9	+ 0,2	SW	lebhaft	Schnee u. Reg.
Helsingfors	334,7	+ 0,4	S	schwach	bedeckt.
Petersburg	336,3	+ 0,4	S	schwach	bewölkt.
Stockholm	333,3	+ 1,3	S	schwach	Nebel.
Moskau .	334,9	— 3,0	SW	mäßig	bedeckt.
Memel .	335,4	0,0	OSO	mäßig	trübe.
Flensburg	332,0	+ 4,5	SW	schwach	trübe.
Königsberg	335,9	— 1,1	SO	schwach	trübe.
Danzig .	334,8	— 1,3	S	flau	bewölkt.
Putbus .	332,0	+ 0,3	SW	schwach	wolkig.
Stettin .	334,1	+ 1,0	SSW	schwach	wolkig.
Helder .	331,7	+ 4,2	SW	schwach	—
Berlin . .	333,3	+ 1,4	S	schwach	bewölkt.
Brüssel .	331,6	+ 5,6	NW	schwach	bedeckt, Regen.
Köln . . .	332,1	+ 4,2	SSO	mäßig	heiter.
Wiesbaden	329,9	+ 1,6	NO	schwach	bed., gst. Reg.
Trier . .	328,3	— 4,6	SW	schwach	trübe, Regen.
Paris . .	—	—	—	—	—

Redaction, Druck und Verlag von **A. W. Kafemann in Danzig.**